

Frankfurter Allgemeine SONNTAGSZEITUNG

Brüsseler Duschköpfe

Von Corinna Budras

Brüssel ist noch immer Lichtjahre von den Bürgern Europas entfernt. Schon lange zeigte sich das nicht mehr so deutlich wie an zwei Nachrichten aus der vergangenen Woche, die scheinbar völlig unabhängig nebeneinanderliefen und doch bestens zusammenpassen: die Überregulierung von Duschköpfen und das Brüsseler Personalgeschacher um die Neubesetzung der EU-Kommission.

An dieser ungewöhnlichen Paarung sind gleich mehrere Dinge grotesk: Zunächst werden die Bürger in Deutschland von der ersten Nachricht wesentlich heftiger gepackt als von der zweiten. Dass die EU im Namen des Klimaschutzes nicht nur die Glühbirnen verboten hat, sondern künftig auch strenge Vorgaben für unsere Haushaltsgeräte machen möchte, empört viele. Schon klar: Vielleicht mag niemand konkret die Ökodesign-Richtlinie als Grund für den neuesten Anfall von Überregulierung benennen können. Aber in die Köpfe vieler Bürger hat sich schon lange eingefräst, dass sich die EU-Kommission an dem Stromverbrauch unserer Föhne und Staubsauger stört und dass auch unsere Duschköpfe künftig lieber weniger Wasser lassen sollten.

Deshalb produziert die Brüsseler Behörde Arbeitspapiere und neue Regelungen mit viel Energie – die sie dann bei unseren Haushaltsgeräten wieder einsparen kann. Eins dieser Arbeitspapiere mit bisher ungeahnter Detailfülle kam diese Woche ans Licht und sorgte für Schlagzeilen: In den kommenden zwei Jahren will sich die Behörde nicht weniger als 30 Produkte vorknöpfen und Vorgaben für den Stromverbrauch machen. Am Ende könnten sogar Vorgaben stehen, wie ein Smartphone entworfen sein muss, um umweltschonend zu sein. Der europäische Bürger ist alarmiert.

Am gestrigen Samstag nun sorgte die EU-Kommission ein zweites Mal für Schlagzeilen, und auch diese sind grotesk: In Brüssel traten die Staats- und Regierungschefs zusammen. Nicht etwa, um wieder einmal in einem ad hoc einberufenen Endlosgipfel selbstgeschaffene Krisen zu bewältigen. Solche Gemeinschaftssitzun-

gen sind bei aller Litanei wenigstens dazu geeignet, sich der europäischen Idee gewahr zu werden. Nein, sie kamen zusammen, um in einem beispiellosen Geschacher nach Regional-, Geschlechts- und Politikproportion die EU-Kommissionspöschchen unter sich aufzuteilen.

Das Absurde: Der Bürger ist alles andere als alarmiert, allenfalls desillusioniert. Denn am Ende stehen wieder Dutzende von Namen, von denen die überwiegende Mehrheit der EU-Bürger noch nie gehört hat. Dass sie sich diese Namen mit den dazugehörigen Funktionen auch noch merken werden, ist noch weniger wahrscheinlich. Fast ist es so, als hätte nie ein Wechsel stattgefunden: Die neue EU-Kommission bleibt so komplett unbekannt, wie es die vorangegangene auch schon war.

Oder können Sie sich daran erinnern, wer uns die Duschköpfe überhaupt eingebrockt hat? Das wäre eine Glanzleistung, denn der Ursprung der Ökodesign-Richtlinie liegt in den neunziger Jahren. Seitdem haben sich etliche Kommissare und Politiker damit beschäftigt – national und europäisch, zuletzt übrigens der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger. Viele fanden die Brüsseler Pläne damals gut, jedenfalls, bis die ersten Glühbirnen verschwanden und das Vorhaben drohte aus den Fugen zu geraten. Auch das ist Teil der Brüsseler Realität.

Was bleibt, ist die dumpfe Vorahnung, dass Brüssel für den Bürger unübersichtlich – und schlimmer noch: unkontrollierbar – geworden ist. Niemand weiß, was man sich dort als Nächstes ausdenkt. Aus einem einstmaligen sinnvollen Grundgedanken zur „umweltgerechten Gestaltung energiebetriebener Produkte“ ist eine ganze Kaskade von Vorgaben für Produkte unterschiedlichster Art geworden. Schon am Montag tritt die nächste in Kraft: Dann wird es nur noch Staubsauger mit einer Leistung unter 1600 Watt in den Läden geben. Demnächst folgen Wäschetrockner und Warmhalteplatten von Kaffeemaschinen. Das alles dürfte für den Klimaschutz nur ein kleiner Schritt sein. Die EU rückt sich damit selbst weiter in die Ferne.

Die EU ist für die Bürger schlicht unkontrollierbar geworden.

Fortsetzung von der vorigen Seite

Das große Fernsehspiel

Los Angeles geben sich heute Film- und Fernsehaffäre die Klinke in die Hand, um dem Unternehmen ihre Projekte anzudeuten. Sarandos sagt, sein Team und er hörten manchmal acht „Pitches“ am Tag, zirka 30 Minuten lange Präsentationen, bei denen auch Schauspieler dabei sind.

In der Hauptverwaltung in Los Gatos hält sich indessen der Hollywood-Glamour in Grenzen. Besprechungsräume sind nach Filmen wie „E.T.“ oder „Kill Bill“ benannt, eine der Wände ist mit einem überlebensgroßen Plakat von „House of Cards“ dekoriert, auf manchen Schreibtischen tummeln sich Figuren aus Zeichentrickfilmen.

Ansonsten ist die Zentrale aber in erster Linie das Revier von Technikern und „Big Data“. Hier wird an den Algorithmen getüfelt, die darüber bestimmen, welche Fernsehserien und Filme den einzelnen Nutzern empfohlen werden. Und die hier gesammelten und ausgewerteten Nutzerdaten spielen eine Rolle bei Entscheidungen über Eigenproduktionen. Produktchef Neil Hunt erzählt, dass Netflix vor dem Zuschlag für „House of Cards“ auf seinen Datenschatz zurückgegriffen hat. Das britische Original der Serie war auf Netflix populär, ebenso

wie Filme von David Fincher und Filme mit Kevin Spacey.

All das habe Netflix Mut gemacht, dass die Serie gut ankommen würde. Überhaupt scheint es kaum jemanden in der Medienindustrie zu geben, über den Netflix keine Statistiken führt. „Wir ermitteln, wie signifikant Schauspieler sind“, sagt Hunt. Filmstars werden zum Datenpunkt.

Wer für Netflix arbeitet, genießt einige Freiheiten. Das Unternehmen ist berühmt dafür, keine genauen Urlaubsregeln zu haben. Mitarbeiter können also so viele Tage freinehmen, wie sie für richtig halten. „Wir sollten uns darauf

konzentrieren, was die Leute erledigen, und nicht, wie viele Tage sie gearbeitet haben“, heißt es in einer im Silicon Valley vielbeachteten Präsentation von Netflix über seine Unternehmenskultur. Offenbar sind das keine leeren Worte, und es ist nicht als versteckte Aufforderung gemeint, möglichst auf Urlaub zu verzichten, denn das Unternehmen schreibt weiter: „Führungskräfte von Netflix gehen mit gutem Beispiel voran, indem sie viel Urlaub nehmen – und dann inspiriert zurückkommen, um große Ideen zu finden.“

Diese Urlaubspolitik beschreibt Netflix als Teil einer umfassende-

ren Kultur der „Freiheit und Verantwortung“. Dazu gehört zum Beispiel auch ein Verzicht auf detaillierte „Compliance“-Regeln, etwa über den Umgang mit Geschenken von Geschäftspartnern. Vielmehr bestehe die Compliance-Politik des Unternehmens nur aus ganz wenigen, übersichtlichen Worten: „Handelt im besten Interesse von Netflix.“

All das bedeutet nicht, dass Netflix einen gemütlichen Arbeitsplatz bietet. „Wir sind ein Team, keine Familie“, ist in der Präsentation zu lesen. Wer nur „adäquate Leistung“ bringe, für den sei im Unternehmen kein Platz. Netflix

rühmt sich dabei aber, etwa nicht als gut genug empfundene Mitarbeiter mit „großzügigen Abfindungen“ zu verabschieden. Das Unternehmen reklamiert auch, seine Belegschaft allgemein überdurchschnittlich gut zu bezahlen.

Netflix hat schon schwierige Zeiten durchlebt. Vor rund drei Jahren gab es einen Aufschrei, als das Unternehmen mit einem radikal veränderten Gebührenmodell sein Angebot für viele Kunden deutlich teurer machte. Hunderttausende von Abonnenten kündigten, und der Aktienkurs stürzte ab. Reed Hastings sah sich zu

einer öffentlichen Entschuldigung gezwungen und gab zu: „Der Erfolg hat mich arrogant werden lassen.“

Aber die Wogen haben sich längst geglättet, und heute ist Netflix wieder obenauf. Seit Anfang 2013 hat sich der Aktienkurs verfünffacht. Dabei gibt es Herausforderungen genug. So wird die Konkurrenz immer größer. Der Online-Händler Amazon.com zum Beispiel forciert seinen Streaming-Dienst und setzt dabei auch verstärkt auf eigene Inhalte. Und im Kampf um gute Serien muss es Netflix mit den großen Mediengiganten aufnehmen. Hastings sagt, finanzstarke Konkurrenz sei für ihn kein Grund zur Besorgnis. „Microsoft war vor zehn Jahren auch viel finanzstärker als Apple oder Google. Aber man hat ja gesehen, wie viel mehr Innovation seither von Apple und Google gekommen ist.“

Anders als in Amerika, wo Netflix Streaming-Pionier war, wird das Unternehmen bei seinem Start in Deutschland auf einige Wettbewerber treffen. Hiesige Anbieter wie Watchever, Maxdome, Snap oder auch Amazon werden sich von Netflix nicht so leicht die Butter vom Brot nehmen lassen wollen. Hastings zeigt sich unbekümmert und sagt, Netflix

habe es auch schon in anderen Auslandsmärkten erfolgreich mit existierender Konkurrenz aufgenommen.

Interesse an Streaming-Diensten gibt es jedenfalls in Deutschland. Der Branchenverband Bitkom meldete kürzlich, dass immerhin schon jeder fünfte Deutsche bestehende Angebote wie Watchever oder Maxdome nutzt.

Netflix plant zum Start dem Vernehmen nach eine Monatsgebühr von 7,99 Euro. Ansonsten macht das Unternehmen aber um Details zu seinem Deutschland-Start noch ein großes Geheimnis. So gibt es noch keine Angaben zu den verfügbaren Inhalten. Sicher ist aber eines: Ausgerechnet auf die Vorzeigeshow „House of Cards“ werden deutsche Netflix-Kunden nicht den ersten Zugriff haben. Denn die Rechte für die Erstaussstrahlung liegen in Deutschland beim Bezahlsender Sky, und Netflix darf die Serie erst sechs Monate später zeigen. Netflix hat die Rechte ursprünglich mangels Präsenz in Deutschland an Sky verkauft, um die Produktionskosten nicht allein schultern zu müssen. Hastings sagt, das sei verschmerzbar, zumal künftige Eigenproduktionen in Deutschland zuerst bei Netflix laufen werden. „Wir sind viel mehr als ‚House of Cards‘.“

Der Sonntagsökonom

Warum Sanktionen schaden

Das Handelsembargo gegen Russland wird nichts bringen, sondern das Regime stärken

VON REINER EICHENBERGER UND MARCO PORTMANN

Handelsembargos und Wirtschaftssanktionen erleben eine Renaissance. Mit ihnen wollen „Senderländer“ wie aktuell die Vereinigten Staaten und die Europäische Union unliebsam handelnde „Zielländer“ wie Russland wirtschaftlich schädigen und so ihre Regierungen zu Verhaltensänderungen zwingen. Weil internationale Embargos heutzutage meist breit befolgt werden, sind sie wirtschaftlich sehr wirkungsvoll. Daraus folgt aber nicht, dass sie auch politisch wirksam sind. Vielmehr lehnen Theorie und Erfahrung das Gegenteil.

Die Verfechter von Handelsembargos hoffen, dass die Verschlechterung der Wirtschaftslage die unliebsame Regierung und ihre Entourage wirtschaftlich direkt schädigt, die Finanzierung ihres Machtapparats erschwert, zu verstärkter Opposition führt und so einen Kurswechsel oder die Absetzung der Regierung herbeiführt.

Tatsächlich verknappt Handelsembargos im Zielland die Importgüter und treiben einen Keil zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen, während Exportgüter an Wert verlieren. Dadurch sinkt zwar das Realeinkommen der Bevölkerung, der Regierung aber nützt es zu meist. Verantwortlich dafür ist die Entwicklung der relativen wirtschaftlichen Möglichkeiten von Regierung, Oppositionen und Bürgertum aufgrund von drei ökonomischen Mechanismen.

Erstens werden viele Güter knapper und wertvoller, die die Regierung und ihr nahestehende Kreise produzieren oder kontrollieren. Eigentlich verordnen Handelsembargos den Zielländern Protektionismus – und dieser schafft bekanntlich immer auch Gewinner. Zweitens ermöglichen die großen Preisunterschiede zwischen In- und Ausland riesige Schmuggelgewinne. Die illegalen Ein- und Ausfuhr werden typischerweise von der Regierung und ihr nahestehenden Personen kontrolliert, da diese im eigenen Land frei operieren können. Drittens geben die Sanktionen und die große Güterknappheit der Ziellandregierung einen Freipass, Importbeschränkungen und Rationierungsprogramme einzuführen und Ausnahmebewilligungen im eigenen Interesse zu vergeben. So hätten die aktuellen Importbeschränkungen Russlands unter normalen Bedingungen scharfe Proteste im In- und Ausland ausgelöst.

Während sich Regierungsmitglieder und ihre Entourage persönlich bereichern können, haben die Opposition und die Bevölkerung kaum Zugang zu den „Embargogewinnen“. Die Regierung kann die Opposition leicht beeinflussen und ihre Glaubwürdigkeit untergraben, indem sie Schmuggelrechte und Importbewilligungen an einzelne ihrer Exponenten als Gegenleistung für politisches Stillhalten vergibt. Zugleich treibt das Embargo selbst regimiekritische Bürger und Geschäftsleute in die Arme der

Regierung. Wer nicht kollaboriert, dem drohen Verarmung und Konkurs.

Schließlich schaden Handelsembargos auch den Nachbarstaaten der Zielländer, selbst wenn sie ihnen gerade helfen sollten. So bestritt die Ukraine bisher rund 30 Prozent des Außenhandels mit Russland, und die Schmuggelgewinne dürften prorussischen Separatisten und wohl auch manchen ukrainischen Politikern eine willkommene Einnahmequelle bieten.

Wie gut „unliebsame Regierungen“ dank Embargos leben, illustrieren die langen Regierungszeiten von Fidel Castro in Kuba, Saddam Hussein im Irak, Slobodan Milošević in Serbien oder der Kim-Dynastie in Nordkorea. Die vom Hussein-Clan angehäuften Schmuggelgewinne verblüfften genauso wie die großen illegalen Oleinfuhren nach Serbien, die von Regierungskreisen kontrolliert wurden. Die Firmen der Familie Milošević und ihrer Freunde wurden jahrelang mit rationierten Inputs versorgt, ganz ähnlich wie die Unternehmen kubanischer Generäle. Viele Hauptfiguren der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung waren in die Schmuggelgeschäfte der irakischen Regierung eingebunden.

Durch die häufigen mit Schmuggelgewinnen erkaufte Seitenwechsel einiger ihrer Führer wurde die irakische Opposition genauso geschwächt wie die serbische. Ein aktuelles Beispiel bietet schließlich die israelische Blockade der Palästinensergebiete und die Arbeiterschwermisse oder gar -verbote für palästinensische Grenzgänger. Sie lassen die Bevölkerung verarmen, stärken aber den Einfluss der Hamas, die den Schmuggel sowie die Verteilung der rationierten Güter und Hilfslieferungen kontrolliert.

Embargos können trotz der genannten Probleme für die Regierungen der Senderländer attraktiv sein: Wenn sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit das militärische Aggressionspotential der Zielländer kurzfristig schwächen, sinkt die von diesen ausgehende Bedrohung – die Leiden der Bevölkerung interessieren dagegen oft weniger. Zuweilen schätzen die Regierungen der Zielländer auch die kurzfristige Stabilisierung der Zielregierung, weil sie die Konsequenzen eines Umsturzes fürchten. Zudem rechtfertigen sich Embargos in gewisser Weise selbst, wenn sich die Zielländer (wegen ihres Machtzuwachses infolge des Embargos) immer selbstherrlicher benimmt und die rechtsstaatlichen Institutionen aushöhlt. Stürzt dann aber die Zielregierung doch, herrschen ein völliges Machtvakuum und ein langjähriges Chaos, das bis in die Senderländer ausstrahlt.

Die Probleme mit Embargos haben zur Entwicklung sogenannter „Smart Sanctions“ geführt. Anstelle der Bevölkerung soll ausschließlich die Führungselite getroffen werden. Leider haften Smart Sanctions ähnliche Probleme an wie klassischen Handelsembargos. Die internationale Isolierung regierungsnaher Personen durch Einreise- und Geschäftsverbote macht diese noch stärker von der Regierung abhängig. Gezielte Finanztransaktionsverbote können von ihnen oft relativ einfach über Staatskanäle und Strohmänner umgangen werden. Werden die Verbote deshalb ausgeweitet, gleichen sie erst recht klassischen Embargos. Ein Beispiel war die Unterbindung von Geldüberweisungen nach Afghanistan zur Bekämpfung des Terrorismus nach 2001. Als Konsequenz konnten afghanische Gastarbeiter in den Golfstaaten kein Geld mehr an ihre Familien in der Heimat überweisen, weshalb diese noch abhängiger von der Regierung und islamistischen Gruppen wurden. Auch gezielte Sanktionserleichterungen für die Bevölkerung versagen. So erhielt das Hussein-Regime im Irak durch das Hilfsprogramm „oil for food“ knappe Güter, die es dann entgegen den Programmregeln an ihm ergebene Gruppen verteilte oder teuer verkaufen konnte.

Welche Alternativen bleiben? Erstens eine frühzeitige, umsichtige Unterstützung nachhaltiger und effektiver demokratischer Institutionen in Konflikt- und Problemgebieten. Dazu gehört eine echte Dezentralisierung mit großer Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften. Die lokale und nationale Politik sollte für auswärtige und ausländische Politiker geöffnet werden, indem das passive Wahlrecht von Nationalität und Wohnsitz unabhängig wird. Das schafft einen internationalen, kompetitiven Markt für gute Politik. Zweitens kann das praktische Gegenteil von Embargos eingesetzt werden. Die internationale Gemeinschaft sollte nicht den Handlungsspielraum der Mitglieder unliebsamer Zielland-Regierungen und ihrer Entourage mittels Sanktionen verengen, sondern ihn gezielt erweitern. So könnte ihnen eine alternative Existenz im Exil angeboten werden, wobei sie einen kleinen Teil des von ihnen angehäuften Reichtums legalisieren könnten, wenn sie in einer Wahrheitskommission mitwirken. Solche Kronzeugenregelungen sind heute im Kampf gegen Kartelle, Steuerhinterziehung oder auch die Mafia üblich und erfolgreich. Wir sehen keinen Grund, weshalb das bei der Bekämpfung unliebsamer Regierungen nicht auch gelten sollte.

Reiner Eichenberger ist Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Fribourg/Schweiz. Marco Portmann ist Oberassistent.

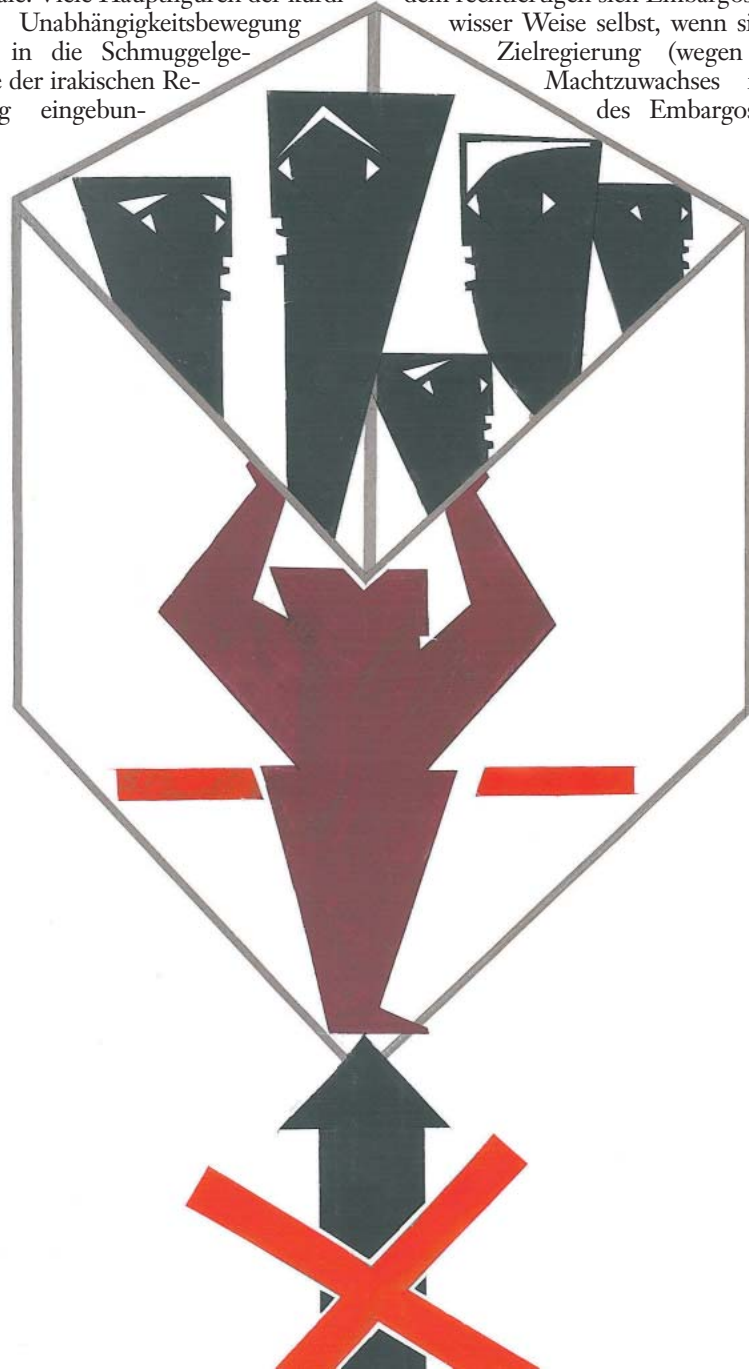


Illustration: Alfons Holberger

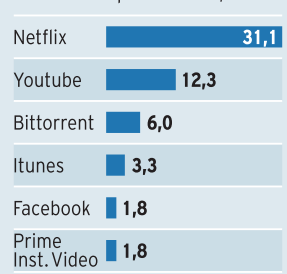


Die Firmenzentrale von Netflix im kalifornischen Los Gatos

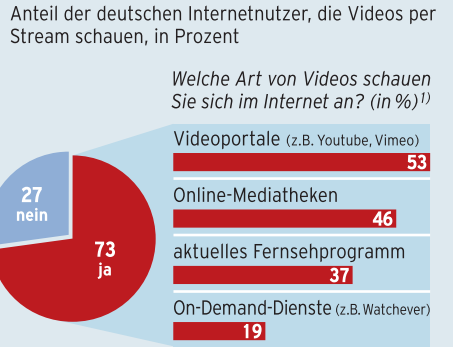
Foto Getty

Videodienste im Internet sind beliebt

Videodienste verursachen den meisten Datenverkehr
Anteil am amerikanischen Datenverkehr zu Spitzenzeiten, in %



Videokonsum im Internet
Anteil der deutschen Internetnutzer, die Videos per Stream schauen, in Prozent



Quellen: Netflix, Bitkom/FA.Z., Grafik Piron